



Impulsis-Forum

«Wirtschafts –und Ausbildungs- standort Zürich – quo vadis?»

Referat von Regierungsrätin Carmen Walker Späh
6. November 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Patrik Jeuch

Sehr geehrte Frau Irène Meier

Sehr geehrter Herr Michael Kraft

Sehr geehrte Frau Marta Kwiatkowski Schenk

Geschätzte Gäste, meine Damen und Herren

Der Wirtschaftsmotor Zürich brummt. Das Wirtschaftswachstum im Kanton Zürich dürfte im Jahr 2018 deutlich über 2.5 Prozent ausfallen. Damit blicken wir auf ein Jahr zurück, das viele Erwartungen in Bezug auf Wachstum übertroffen hat. Im Durchschnitt des laufenden und kommenden Jahres dürfte die Zürcher Wirtschaft jährlich gut 2 Prozent zunehmen und damit stärker wachsen als noch 2017. In fast allen Branchen erwarten die Unternehmen gemäss KOF der ETH Zürich bis Ende Jahr eine gute Geschäftslage, auch im Detailhandel, der es ja bekanntlich besonders schwer hat. Dazu hören wir später noch mehr. Die besten Erwartungen zur Geschäftslage zeigen weiterhin die Industrieunternehmen, gefolgt von den Banken.

Diese positive Wirtschaftsentwicklung hinterlässt auch Spuren in der Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote im Kanton Zürich sank im Frühjahr 2018 mitunter aufgrund statistischer Sonderfaktoren und betrug im August 2018 noch 2.4 Prozent. Zur gleichen Zeit im Vorjahr lag sie bei 3.4 Prozent. Die Zahl der Stellensuchenden ist von diesen Sonderfaktoren nicht beeinflusst und ist ebenfalls rückläufig. Die Quote sank innerhalb eines Jahres von 4.2 auf 3.8 Prozent und bestätigt damit die rückläufige Tendenz der Arbeitslosigkeit.

Ich darf also auch mit ein bisschen Stolz sagen: Zürich geht es gut. Und Zürich ist attraktiv: als Wohnort, als Tourismusdestination, aber auch als Arbeitsort. Nebst zahlreichen heimischen KMUs haben wir auch eine hohe Dichte an internationalen Unternehmen und Organisationen, die sich im Kanton Zürich niederlassen. Einige wählen unseren Kanton sogar als Europahauptsitz. Ein wichtiger Grund für die hohe Attraktivität Zürichs ist sicherlich das einmalige Innovationsökosystem auf kleinstem Raum:

- So sind in Zürich verschiedene Hochschulen angesiedelt, die zu den besten weltweit gehören, wie die ETH, die Universität Zürich, aber auch die ZHAW.
- Zudem dürfen wir auf zahlreiche Forschungsinstitutionen zählen, wie zum Beispiel das IBM Forschungslabor in Rüschlikon.
- Wir haben mehrere aktive Startup-Szenen im Kanton Zürich, wie die Technoparks in Zürich und Winterthur, der Impact Hub, der Trustsquare, der Startup Space in Schlieren oder der Kickstart Accelerator. Der Kanton Zürich stellte auch dieses Jahr wieder fast die Hälfte aller top100 Startups der Schweiz. Das muss man sich mal auf der Zunge vergehen lassen...
- Und wie schon erwähnt, haben wir eine Vielzahl an innovativen einheimischen KMUs.
- Mit dem Innovationspark in Dübendorf schaffen wir zudem Raum für die Verbindung von Wissenschaft und Wirtschaft, was zu mehr Arbeitsplätzen und noch mehr Innovation führt.

Als Volkswirtschaftsdirektorin ist es mir ein grosses Anliegen, für die Wirtschaft attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen. Denn wenn es der Wirtschaft gut geht, stehen die Chancen gut, dass fast alle Menschen in unserem Kanton Arbeit haben und diese auch behalten können. Ein wichtiger Pfeiler unserer Wirtschaftspolitik ist die Clusterpolitik. Wir fördern ganz gezielt neben der Pflege traditioneller Unternehmen die zukunftssträchtesten Branchen, wie beispielsweise Cleantech, Life Science oder ICT. Unser Ziel ist ein branchenmässig breit diversifizierter Wirtschaftsstandort, um so zum Beispiel auch die Abhängigkeit vom nach wie vor starken Finanzplatz zu verringern. So können wir konjunkturelle Krisen volkswirtschaftlich besser abfedern. Die Clusterstrategie hat bestimmt dazu beigetragen, dass wir die letzte Finanzkrise trotz Turbulenzen einigermaßen gut überstanden haben.

Geschätzte Damen und Herren: Sie sehen, wir tun vieles, damit Zürich als Wirtschaftsstandort attraktiv ist und bleibt und es unserer Bevölkerung gut geht. Es ist aber nicht von der Hand zu weisen, dass in den nächsten Jahren grosse Umwälzungen und Herausforderungen auf uns alle zukommen. Gerade erst haben Fachleute von McKinsey eine Studie veröffentlicht, in der sie die Folgen der Digitalisierung für die Schweizer Wirtschaft analysieren. Gemäss dieser Studie werden in den nächsten Jahren Stellen mit repetitiven Tätigkeiten grösstenteils gestrichen. Bis 2030 sollen fast so viele neue Arbeitsplätze entstehen. Allerdings setzen diese neue und andere Kompetenzen voraus. Firmen und Bildungsinstitute stehen vor der anspruchsvollen Aufgabe, in den kommenden Jahren rund 800 000 Arbeitskräfte umzuschulen und weiterzubilden.

Dass diese Folgen der Digitalisierung nicht nur Freude und Zuversicht auslösen, sondern auch grosse Ängste, ist spürbar. Das müssen wir ernst nehmen. Vielleicht haben Sie von

der Idee gehört, eine Steuer auf Roboter einzuführen. Grund für diese Idee ist die Angst, dass Roboter Arbeitsplätze vernichten. Ich kann nachvollziehen, dass grosse Veränderungen auch Angst vor Arbeitsplatzverlust auslösen können. Für mich ist jedoch klar: Das wäre die falsche Antwort. Eine solche Steuer würde der Innovation und der Wirtschaft schaden. Es ist deshalb aber auch unsere Aufgabe, den Menschen die Furcht zu nehmen, dass sie in der künftigen Arbeitswelt nicht mehr gebraucht werden, weil die Roboter alle Arbeiten erledigen werden. Wir, Politik und Wirtschaft, müssen aufzeigen, dass die Digitalisierung neue Jobs in allen Segmenten schafft und nicht in erster Linie Arbeitsplätze vernichtet. Denn Fakt ist: Die Digitalisierung findet statt. Ob wir wollen oder nicht. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass wir sie als Gewinn betrachten und der Bevölkerung die Vorteile der Digitalisierung aufzeigen müssen. Dies bedingt aber auch, dass wir die Art, wie wir Politik machen, überdenken. Es muss uns gelingen, attraktive Rahmenbedingungen für die digitale Wirtschaft anzubieten. Rahmenbedingungen, die einerseits die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle ermöglichen und andererseits die Menschen mitnehmen. Es ist mir ein grosses Anliegen, dass wir mit einer intelligenten Politik, ich nenne sie „Politik 4.0“, den Mut haben, der Innovation eine Chance zu geben, aber gleichzeitig auch dafür sorgen, dass der Wohlstand, den die Digitalisierung bringt, zum Wohlstand für unsere ganze Bevölkerung wird. Die Schweiz gehört zu jenen Volkswirtschaften, die besonders von der Globalisierung profitiert hat – es ist im Interesse von uns allen, dass möglich alle dereinst auch zu den „Digitalisierungsgewinnern“ zählen. Wir müssen aber auch Antworten haben für diejenigen, die mit diesen Veränderungen nicht ohne weiteres mithalten können.

Auf diesem Weg gibt es viele Herausforderungen zu meistern. Eine der grössten aktuellen Aufgaben ist es, sicherzustellen, wie wir jetzt und in Zukunft über genügend Fachkräfte verfügen. Das Schweizer Stimmvolk hat 2014 eine Regelung der Zuwanderung an der Urne beschlossen. Seit Juli dieses Jahres gilt die Stellenmeldepflicht. Für Fachkräfte aus Drittstaaten gibt es bereits Kontingente. Für die Wirtschaft, aber auch für die Forschung ist es elementar, dass genügend Expertinnen und Experten vorhanden sind: aus dem In- und aus dem Ausland! Der Mangel an Fachkräften ist in einigen Berufssparten heute bereits Tatsache und wird sich aufgrund der Digitalisierung weiter zuspitzen. Wenn wir am Ball bleiben möchten, müssen wir die Weichen rechtzeitig stellen; nämlich bereits bei unseren Kindern und Jugendlichen und somit in der Schul- und Berufsbildung.

Der Zürcher Regierungsrat macht diesbezüglich seine Hausaufgaben. Er hat als Legislativziel definiert, dass Zürich über ein starkes und zeitgemässes Bildungssystem verfügen soll. Dazu gehört auch, dass unseren Kindern bereits in der Primarschule digitale Kompetenzen vermittelt bekommen. Sie sollen sich in der digitalen Welt orientieren können und traditionelle und neue Medien eigenständig, kritisch und kompetent nutzen. Seit dem neuen Schuljahr gilt der neue Lehrplan, der den Bereich Medien und Informatik stärker gewichtet. Bereits im Kindergarten beginnt der Aufbau der Kompetenzen für Medien und Informatik.

An den Primarschulen sind PCs und Tablets inzwischen Standard. Nebst Informatik müssen auch die weiteren MINT-Fächer Mathematik, Naturwissenschaften und Technik stufen- und altersgerecht vermittelt werden. Dabei muss es unseren Lehrerinnen und Lehrern gelingen, sowohl Buben wie Mädchen dafür zu begeistern.

Später, in den Berufslehren, müssen die Berufsschulen und Ausbildungsstätte die digitalen Kompetenzen, die von der Wirtschaft ungebremst verlangt werden, weiter vermitteln. Einen praxisorientierten Ansatz, wie dies gelingen könnte, hat die Hochschule Luzern entwickelt; im Auftrag des Vereins Metropolitanraum Zürich. Auf einer interaktiven Internetplattform (www.berufsbildungdigital.ch) können Berufsbildungsinstitutionen seit letztem Jahr überprüfen, welche digitalen Kompetenzen in ihren Berufen künftig gefragt sind. Ziel ist, die Berufsbildung in Bezug auf die Digitalisierung auf den neuesten Stand zu bringen. Das bedingt natürlich auch, dass Lehrpläne regelmässig den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts angepasst werden. Die Plattform wird deshalb auch laufend weiterentwickelt.

Im Fokus stehen die kaufmännischen, technischen und gewerblichen Berufsbilder, da diese in erster Linie von der nächsten Digitalisierungswelle betroffen sein werden. Interessant ist, dass die digitalen Kompetenzen in ganz verschiedenen Berufsgruppen zum Teil dieselben sind! Das heisst, dass zum Beispiel eine Dentalassistentin künftig über die gleichen digitalen Kompetenzen verfügen muss wie ein Metallbaukonstrukteur (*Cluster 2a*). Dies eröffnet den Berufsverbänden und der Wirtschaft neue Chancen! So lösen sich beispielsweise typische Männer- oder typische Frauenberufe zunehmend auf, weil in beiden Berufen gleiche digitale Kompetenzen gefragt sind. Für unsere Berufsverbände bedeutet dies aber auch, dass sie näher zusammenrücken müssen. Der Maler-, der Schreiner-, der Gipser-, der Automechaniker- und der KV-Verband (Aufzählung nicht abschliessend) stehen vor der Herausforderung, dass sie plötzlich viel mehr gemeinsam haben als bisher. Gemeinsame Lösungsansätze sind deshalb gefragt. Lassen Sie uns die Digitalisierung als Chance für eine noch bessere Vernetzung und gemeinsame Lösungen nutzen – zwischen Berufsverbänden, Bildungsinstitutionen, der Wirtschaft und der Politik.

Ein weiteres, wichtiges Instrument, damit die Wirtschaft heute und künftig über genügend Fachkräfte verfügt, ist eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Arbeit durch Tagesschulen. Auch das hat der Regierungsrat erkannt und in seinen Legislaturzielen festgehalten. Im Juni dieses Jahres hat sich auch der Kantonsrat deutlich dafür ausgesprochen, die Tagesschulen im Volksschulgesetz zu verankern. Neben den vielen Vorteilen, welche die Tagesschulen für die Kinder bringen, vereinfachen sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem Väter und Mütter mehr Entscheidungsfreiheit erhalten, wie sie Beruf und Familienleben aufteilen wollen. So können beide auch nach der Familiengründung berufstätig bleiben, wenn sie das wollen. Als Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Aber auch, damit Eltern den Anschluss an die sich rasch verändernde Arbeitswelt nicht verlieren. Aber auch

die Unternehmen müssen bereit sein, diesbezüglich attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu gehören z.B. Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und für Männer, die nicht ins karrieretechnische Out führen („Kleinstpensen“).

Lassen Sie mich zusammenfassen: Politik, Berufsbildung und Wirtschaft müssen sich auf die „Industrie 4.0“ einstellen. Damit wir auch in Zukunft über genügend Fachkräfte verfügen und unsere Arbeitskräfte mit den richtigen Kompetenzen ausgestattet sind, nenne ich die „Berufsbildung 2030“ auch „Berufsbildung 4.0“. Dies hat aus meiner Sicht folgende Änderungen und Anpassungen zur Folge: Die Digitalisierung wird neue Geschäftsmodelle schaffen. Es gilt, diese rechtzeitig zu erkennen, damit die Schweizer Berufsbildung genügend Expertinnen und Experten für die Weiterentwicklung in diesen zukunftsweisenden Geschäftsbereichen ausbilden kann und von Beginn weg kein Mangel an Fachkräften entsteht. Zudem: Stärken wir die MINT-Fächer. Stillen wir den Wissensdurst der „Digital Natives“. Sorgen wir dafür, dass Eltern ihr Knowhow in der Wirtschaft einbringen können, indem wir attraktive Arbeitsbedingungen und Tagesschulen fördern – auch als Beitrag gegen den Fachkräftemangel. Und übernehmen wir Verantwortung für diejenigen, die es nicht ganz so einfach haben, mit der Digitalisierung und den neuen Anforderungen Schritt zu halten. Für die Politik 4.0 gilt zudem, den Dialog mit allen beteiligten Akteuren zu suchen, bevor reflexartig reguliert wird. Neue wirtschaftliche Akteure, alteingesessene Unternehmen, Verbände, Sozialpartner, Bildungsinstitutionen müssen mit der Politik und der Gesellschaft über Entwicklungen, Chancen und Probleme zuerst diskutieren. Wir alle müssen Erfahrungen sammeln und neuen Geschäftsmodellen Zeit lassen, Kinderkrankheiten selber zu bewältigen. Eine Regulierung folgt nur dann, wenn sie unvermeidbar ist. Dies braucht Mut und Vertrauen in unsere Regierungen, Parlamente und Verwaltungen. Gelingt uns all das, dann sind wir gut gerüstet, zu den Digitalisierungsgewinnern zu gehören.